

Ministerialdirektor Dr. Jörg Bentmann,
Abteilungsleiter im Bundesministerium des Innern
„Demografiestrategie und Handlungskonzept der Bundesregierung“
anlässlich der DART-Abschlusskonferenz „Demografischer Wandel in
Europa“ des Landes Brandenburg am 3.9.2012 in Potsdam

I. Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine Freude, Sie zu begrüßen und im Rahmen der Abschlusskonferenz „Demografischer Wandel in Europa“ des Landes Brandenburg die Perspektive der Bundesregierung in den innereuropäischen Vergleich demografiepolitischer Ansätze einzubringen. Ich werde diese Chance nutzen, und Ihnen in den nächsten 15 Minuten die Ziele, die Entstehung und vor allem die Maßnahmen der Demografiestrategie im Wesentlichen vorstellen.

Die Lebenserwartung in Deutschland steigt seit 150 Jahren kontinuierlich an: Wir leben immer länger und werden später alt. Dieser Gewinn an Lebenszeit und Lebensqualität ist höchst erfreulich. Allerdings geht er seit einigen Jahren mit einer insgesamt sinkenden Bevölkerungszahl einher. Diese ist auf die dauerhaft niedrigen Geburtenzahlen zurückzuführen. Beide Trends – Alterung und Bevölkerungsrückgang – sind unumkehrbar und werden in den kommenden Jahrzehnten erhebliche Folgen für unser Zusammenleben haben.

Zum einen werden die Biografien in Deutschland vielfältiger werden. Nach Beendigung des Arbeitslebens haben immer mehr Menschen noch viele gesunde und aktive Jahre vor sich. Dies ist ein Vorteil, den die Mehrzahl der Bürger auch spürbar wahrnimmt. So hat eine soeben veröffentlichte Untersuchung von Allensbach im Auftrag der Robert Bosch Stiftung ergeben, dass sich die 60 - 75-Jährigen heute durchschnittlich um 8 bis 10 Jahre jünger fühlen, als sie tatsächlich sind.

Viele Ältere wollen noch einmal etwas Neues anfangen und die gewonnenen Jahre nutzen, für sich selbst, für die Familie, aber auch für ehrenamtliches Engagement. Neue Formen der Aktivität und gegenseitigen Hilfe könnten rasch Verbreitung finden. Zum anderen wird die Anzahl der erwerbsfähigen Personen in Deutschland in den nächsten Jahren zurück gehen. Deutschlands Reichtum gründet auf der Innovationskraft, der Leistungsfähigkeit und dem handwerklich-technischen Know-how seiner Bürger. Zur Sicherung des Wohlstands wird es bei einer kleiner werdenden Erwerbsbevölkerung entscheidend sein, das kostbarste Kapital des Landes – unser Wissen und Können – optimal einzusetzen.

Die Bundesregierung sieht in der Gestaltung des demografischen Wandels eine der großen Zukunftsaufgaben. Sie hat deshalb im November 2009 den Bundesminister des Innern beauftragt, bis zum Jahr 2011 einen „Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes“ und darauf aufbauend bis zum Frühjahr 2012 eine Demografiestrategie der Bundesregierung vorzulegen.

Der Bericht wurde vom Kabinett im Oktober 2011 verabschiedet und der Öffentlichkeit vorgestellt. Er zeigt nicht nur die zu erwartende künftige Bevölkerungsentwicklung auf sondern er beschreibt auch alle wesentlichen Maßnahmen, die der Bund bisher getroffen hat.

Im Ergebnis macht der Demografiebericht deutlich, dass die Bundesregierung in den vergangenen Jahren bereits in relevanten Politikbereichen auf die Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung reagiert hat. Er zeigt jedoch auch, dass weiterer Handlungsbedarf besteht und die Gestaltung des demografischen Wandels künftig nur gelingen kann, wenn sich alle staatlichen Ebenen, gesellschaftlichen Akteure und die Bürgerinnen und Bürger beteiligen.

Für Ostdeutschland zeigt das Handlungskonzept „Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten“ Entwicklungen und Lösungen auf. Es unterstreicht den politischen Willen von Bund und ostdeutschen Ländern, sich mit den Herausforderungen des demografischen Wandels stärker auseinanderzusetzen und gemeinsam neue Wege zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zum Erhalt der Lebensqualität in ländlichen und strukturschwachen Regionen zu finden. Das Hand-

lungskonzept verdeutlicht die Komplexität demografischer Prozesse am Beispiel der Infrastruktur. Dazu haben wir konkrete Vorschläge entwickelt. Aber Patentrezepte für eine demografiefeste Infrastruktur gibt es nicht. Gefragt sind flexible Angebotsformen und effiziente Organisationsstrukturen entsprechend den regionalen Besonderheiten. Das kann auch in eine Neukonzeption der staatlichen Verwaltung in der Fläche münden mit dem Ziel einer höheren Effizienz und mehr Bürgerfreundlichkeit.

II. Ziele und Schwerpunkte der Demografiestrategie

Die Demografiestrategie der Bundesregierung trägt dieser Erkenntnis Rechnung. Sie wurde im April 2012 vom Kabinett beschlossen und beschreibt Handlungsfelder, in denen die Bundesregierung mit Ländern und Kommunen, Verbänden, Sozialpartnern und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft gemeinsam Antworten entwickeln und umsetzen wird. Dies ist ein neuer Ansatz.

Die Bundesregierung verfolgt mit ihrer Demografiestrategie drei übergreifende Ziele:

- Jedem Einzelnen entsprechend seiner Lebenssituation und seines Alters die Chance geben, seine Fähigkeiten zu entwickeln.
- Wachstumsdynamik, Innovationskraft und Wohlstand erhalten.
- Den Zusammenhalt in unserem Land bewahren, zwischen Jungen und Alten, Gesunden und Kranken, Einheimischen und Zugewanderten, aber auch zwischen Regionen, Städten und Dörfern.

Im Mittelpunkt stehen dabei die Lebensbereiche, in denen wir die Auswirkungen des demografischen Wandels ganz unmittelbar erfahren. Insgesamt definiert die Strategie sechs Handlungsfelder, in denen die Bundesregierung jeweils ein Bündel längerfristig angelegter Maßnahmen zur Gestaltung des demografischen Wandel auf den Weg bringt:

1. Familie als Gemeinschaft stärken: Die Familie erbringt unverzichtbare Leistungen für unser Gemeinwesen. Sie erzieht Kinder, gibt Fürsorge und stiftet Zusammenhalt. Um dies auch weiterhin zu gewährleisten, braucht die Familie Schutz und Unterstützung. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist hierbei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Häufig fehlt erwerbstätigen Eltern die Zeit, um das Familienleben zu gestalten. So gaben 62 Prozent der befragten Väter in einer aktuellen Untersuchung an (Zeit für Familie, Familienpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik, Bericht der Sachverständigenkommission zum Achten Familienbericht, S. 54), zu wenig Zeit für ihre Kinder zu haben. Gemeinsame Aufgabe von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wird es sein, eine familiengerechte Organisation des Berufslebens zu ermöglichen.

2. Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten: Die Bundesregierung wird die Entwicklung einer Kultur des längeren Arbeitens unterstützen. Hierbei nimmt die berufliche Qualifikation eine Schlüsselrolle ein. So hat eine repräsentative Befragung von Personalchefs (Infratest-Studie „Weiterbildungstrends in Deutschland 2012“) ergeben, dass Weiterbildung für Jobsicherung und Karrierechancen immer wichtiger werden. Die Bundesregierung legt daher einen Schwerpunkt auf Qualifizierung und Weiterbildung. Der Aufbau regionaler Weiterbildungsbündnisse wird den Zugang zu entsprechenden Angeboten und die Qualität der Angebote selbst erhöhen. Hierfür werden Modelle entwickelt, die eine Vernetzung vor Ort erlauben.

Und schließlich wird es darum gehen eine altersgerechte Arbeitswelt zu schaffen. Dies beginnt mit der Frage, wie die Arbeitszeiten besser auf den gesamten Lebensverlauf verteilt werden können und endet mit der Überlegung, älteren Beschäftigten unter dem Stichwort „zweite Karriere“ das Umsatteln zu erleichtern. Das darf aber nicht bedeuten, das Leistungspotential Älterer zu unterschätzen und „Schonarbeitsplätze“ einzurichten. Vielmehr geht es darum älteren Menschen, den Wechsel der Branche oder des Berufsfelds zu erleichtern und Mobilitätsbarrieren abzubauen.

3. Selbstbestimmtes Leben im Alter: Der Wunsch vieler alter Menschen ist es, so lange wie möglich in der gewohnten Umgebung und vertrauten Wohnung zu

verbringen. Hier werden vielfältige Maßnahmen anstoßen, die es den Menschen erlauben, diesen Wunsch zu verwirklichen. So hat die Bundesregierung eine Förderinitiative zur Entwicklung technisch basierter Systeme ins Leben gerufen, die ältere Menschen in ihrem vertrauten Umfeld entlasten können. Auch die Pflegeversicherung wird sich auf die künftigen Entwicklungen hin neu ausrichten. Ferner wird die Bundesregierung das Verständnis für Demenzerkrankungen durch die Gründung einer Nationalen Allianz für Menschen mit Demenz erhöhen und die Hilfsmöglichkeiten verbessern.

4. Lebensqualität in ländlichen Räumen und integrative Stadtpolitik: Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist es auch wichtig, ländliche und städtische Räume genauer in den Fokus zu nehmen. Hier geht es um die Sicherung der Daseinsvorsorge und die Basis für eine gesunde Wirtschaft. Besonderes Augenmerk werden wir auf eine flächendeckende Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen mit einer Bandbreite von mindestens 50Mbit/s richten.
5. Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand sichern. Dazu wird die Bundesregierung die Bildungspotenziale in allen Lebensphasen fördern. Ferner wird die Bundesregierung ihr Fachkräftekonzept jährlich weiterentwickeln und gemeinsam mit der Wirtschaft eine Willkommenskultur für ausländische Fachkräfte in Deutschland schaffen.
6. Handlungsfähigkeit des Staates erhalten: Zur Erreichung dieses Ziels ist solides Haushalten Grundvoraussetzung. Daher wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, die Defizite im Bundeshaushalt weiter abzubauen. Ohne gesunde öffentliche Finanzen können die notwendigen Zukunftsinvestitionen und auch die sozialen Sicherungssysteme künftig nicht finanziert werden. Ein moderner Staat benötigt zudem eine leistungsstarke Verwaltung und gut ausgebildete Mitarbeiter. Dafür brauchen wir gute Nachwuchskräfte. Hier setzt die Demografiestrategie einen weiteren Schwerpunkt.

III. Gipfelprozess und gesamtgesellschaftlicher Dialog

Die Bundesregierung wird zu diesen sechs Handlungsfeldern – wie in der Demografiestrategie vorgesehen - neun Arbeitsgruppen einrichten. Diese werden der Öffentlichkeit auf einem ersten Demografiegipfel gemeinsam mit der Bundeskanzlerin am 4. Oktober 2012 vorgestellt.

In den Arbeitsgruppen werden Vertreter der Länder und Kommunen ebenso mitwirken wie Vertreter von Gewerkschaften, Verbänden, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft. Ihre Zusammensetzung folgt dem ebenenübergreifenden Ansatz der Strategie: Nur eine Bündelung und Koordinierung der Kräfte kann dauerhafte Erfolge erzielen.

Die gesellschaftliche Wahrnehmung demografischer Prozesse spielt für ihre Gestaltung eine nicht unerhebliche Rolle. Dass 73 Prozent der deutschen Bevölkerung es für ein „ernsthaftes Problem halten, dass es in Deutschland immer mehr ältere und immer weniger jüngere Menschen geben wird“, zeigt, dass die Bundesregierung hier ansetzen muss (Umfrage Allensbach, Februar 2012). Negative Vorstellungen über das Alter sind in unserer Kultur tief verwurzelt. Es ist ein wichtiger Schritt zur Nutzung des Potentials der gewonnenen Jahre einseitig negative Vorstellungen über das Alter zu revidieren. Altersstereotype werden der Vielfalt des individuellen Alterns nicht gerecht.

Die Demografiestrategie hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, das Bewusstsein für die säkularen Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung zu schärfen und zur Formulierung kollektiver Ziele und Visionen anzuregen. Sie hat zu diesem Zweck Gremienarbeit auf breiter Ebene, Expertengespräche aber auch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vorgesehen. Der informative Austausch zwischen Staat und Bürgern soll intensiviert werden. Themen wie lebenslanges Lernen, gesunde Lebensführung und familiäres Zusammenleben gehen uns alle an und können nur mit den Bürgern gemeinsam vorangebracht werden.

Bereits jetzt hat die Bundesregierung ein ganzes Bündel von Maßnahmen eingeleitet, die den Dialog mit dem Bürger beleben. Jeder einzelne Bürger wird in

der Anzeigenkampagne des Bundespresseamts „Jedes Alter zählt“ direkt angesprochen. Sei es die Hinterfragung von Altersstereotypen oder der Hinweis auf Studienmöglichkeiten junger Eltern – hier werden lebensnahe Hinweise und Gedankenanstöße gegeben.

Das Bundesministerium des Innern hat einen Studierendenwettbewerb zum Thema ins Leben gerufen und eine online-Konferenz für den Dialog der Kommunen initiiert. In dieser vierstündigen Veranstaltung, die das BMI in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund am 14. Juni diesen Jahres organisierte, diskutierte der Bundesinnenminister mit engagierten Bürgermeisterinnen und Vertretern aus Räten und Kreistagen. Es besteht großer Diskussionsbedarf, wie die mehr 1500 Wortbeiträge zeigen. Ferner wird das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung die Gestaltung eines Online-Demografieportals realisieren. Hier wird fachkundig informiert, aber auch Gelegenheit für Bürgerbeiträge geschaffen werden.

Begleitet wird der Gipfelprozess von einer Veranstaltungsreihe „Jedes Alter zählt“ in der Berlin Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Ihr Ziel ist es, wissenschaftliche Experten und Handlungsträger aus der Praxis von Politik und Verwaltung an einen Tisch zu bekommen und gemeinsam über Lösungen zu diskutieren. Sie hat ihren Auftakt unter lebhafter Bürgerbeteiligung am 23. August 2012 zum Thema „Bildung im Lebensverlauf“ genommen.

IV. Ausblick

Die Gestaltung des demografischen Wandels ist ein komplexer, langfristiger und anspruchsvoller Prozess. Dies ist der Bundesregierung bewusst. Schnelle Lösungen gibt es hier nicht. Die Vielfalt der beteiligten Akteure staatlicher und ziviler Provenienz erfordert differenzierte Dialog- und Handlungsprozesse.

Mit der Demografiestrategie hat die Bundesregierung einen Anfang gemacht und einen übergreifenden Arbeitsprozess in Gang gesetzt. Er wird nicht nur die gesellschaftlichen Kräfte und die einzelnen Bürger an seinen Entscheidungen aktiv beteiligen, sondern auch strukturpolitische Entscheidungen voranbringen. Familienfreundli-

che Rahmenbedingungen – sei es für junge oder für alte Menschen – werden beispielsweise ihre Wirkung langfristig entfalten. Ob in der Schule, am Arbeitsplatz oder im Ruhestand, familiäres Engagement soll künftig leichter möglich sein.

Ähnliches gilt für lebenslanges Lernen und einen späteren Eintritt in den Ruhestand. Hier werden wir eine Flexibilisierung schaffen. Wer länger und in anderer Form erwerbstätig sein will, soll auch die Möglichkeit dazu haben. Außerdem werden wir gezielt Lernanreize für Ältere und Jüngere setzen. Nur wenn wir hier unsere Anstrengungen intensivieren, sind für künftig auch im internationalen Wettbewerb gut aufgestellt.

An dieser Stelle gäbe es noch eine ganze Reihe weiterer wichtiger Punkte aufzuzählen. Ich möchte hier jedoch mit einem Zitat des Pioniers der deutschen Altersforschung, Paul Baltes, schließen:

„Ältere Menschen sind, was ihre Persönlichkeit angeht, flexibler und neugieriger als angenommen. Viele glauben, ältere Menschen würden vor allem in der Vergangenheit leben, einsamer und trauriger sein als jüngere Erwachsene. Das trifft nicht zu. Einsamkeit und Langeweile sind eher ein Kennzeichen der Jugend. (...) Um Konflikte zu vermeiden, sind aber gesellschaftliche Reformen nötig. Es geht um eine neue Struktur des ganzen Lebens von der Kindheit bis ins hohe Alter.“ (Zitat FAZ vom 12. Mai 2004)

Genau dieser Aufgabe wird sich die Bundesregierung mit ihrer Demografiestrategie auf breiter gesellschaftlicher Ebene stellen.